KI UND GEFAHR EINER NEUEN ABHÄNGIGKEITSORDNUNG

Zur These einer gesellschaftlichen Refeudalisierung

Sehr geehrter Herr Professor,

Ich teile deine Sorge, dass künstliche Intelligenz unter bestimmten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen Refeudalisierungstendenzen begünstigen kann. Deine These berührt einen entscheidenden Punkt: Nicht die Maschine an sich bedroht die demokratische Gesellschaft, sondern die Möglichkeit, dass eine kleine Zahl von Unternehmen über jene Daten, Rechenkapazitäten und digitalen Infrastrukturen verfügt, von denen Staat, Wirtschaft und Bürger zunehmend abhängig werden.

Der Vergleich mit dem historischen Feudalismus bedeutet keinen wörtlichen Gleichsetzungsversuch. „Refeudalisierung“ als analytischer Hinweis auf neue Abhängigkeitsverhältnisse: Während früher die Verfügung über Grund und Boden soziale Macht verlieh, könnte heute die Kontrolle über digitale Zugänge, Plattformen und KI-Systeme ähnliche Ausschlussmechanismen erzeugen. Wer auf diese Systeme angewiesen ist, ohne über sie mitentscheiden oder zu zumutbaren Bedingungen auf Alternativen ausweichen zu können, verliert einen Teil Handlungsfreiheit.

Ernst nehme ich die Befürchtung, dass künftig zahlreiche Menschen für bestimmte Formen der Erwerbsarbeit nicht mehr gebraucht werden könnten. Die Forschung belegt allerdings keine allgemeine Überflüssigkeit menschlicher Arbeit. Die Internationale Arbeitsorganisation kommt in ihrer Untersuchung von 2025 zu dem Ergebnis, dass weltweit etwa ein Viertel der Beschäftigten in Berufen mit einer gewissen Exposition gegenüber generativer KI tätig ist; überwiegend wird eine Veränderung von Tätigkeiten zu erwartet, nicht deren Abschaffung.[1] Diese Unterscheidung verringert die Warnung nicht. Ein schrittweiser Verlust von Verhandlungsmacht kann gesellschaftlich folgenreich sein, selbst wenn die Gesamtbeschäftigung nicht abrupt einbricht.

Darin sehe ich ein demokratisches Risiko: Menschen bleiben rechtlich gleichberechtigte Staatsbürger, verlieren aber möglicherweise wirtschaftliche Selbstständigkeit und damit einen wesentlichen Teil ihrer praktischen Einflussmöglichkeiten. Gleichzeitig könnten Produktivitätsgewinne und zusätzliche Kapitalerträge überproportional jenen zugutekommen, die Eigentum an den entscheidenden Technologien halten. Eine Untersuchung des Internationalen Währungsfonds zeigt, weshalb KI über höhere Kapitalrenditen die Vermögensungleichheit verstärken kann, selbst wenn sich einzelne Lohnunterschiede verringern.[2]

Für Österreich reicht diese Frage über den Arbeitsmarkt hinaus. Wenn die wirtschaftliche Wertschöpfung künftig weniger eng an menschliche Arbeitsstunden gebunden sein sollte, geraten auch Sozialversicherung, Pensionsfinanzierung und die Verteilung von Steuerlasten unter Anpassungsdruck. Ich würde Diskussion und Dialog über eine ergänzende, breit zugängliche kapitalgedeckte Pensionsvorsorge mit jener über faire Beteiligung an Produktivitätsgewinnen verbinden. Die bestehende Umlagefinanzierung darf weder entwertet noch ihre Übergangsfinanzierung verschleiert werden.

Mir sind offene Märkte, wirksames Wettbewerbsrecht und öffentliche Beschaffung, die nicht auf dauerhafte Abhängigkeit von einzelnen Technologieanbietern hinausläuft wichtig. Kleine und mittlere österreichische Unternehmen, Forschungseinrichtungen und qualifizierte Fachkräfte sollen an Entwicklung, Einführung und Kontrolle von KI beteiligt werden können. Dafür braucht es transparente Vergaben, technische Standards, überprüfbare Datenschutzregeln und durchlässige Wege zur beruflichen Weiterqualifizierung.

Sachlich gesehen bleibt noch offen, ob die Entwicklungen tatsächlich eine neue feudale Ordnung begründen oder eine verschärfte Form des Plattformkapitalismus darstellen. In der Fachliteratur werden beide Sichtweisen vertreten.[3][4] Ich würde den Begriff „Refeudalisierung“ als ernst zu nehmende Warnhypothese verwenden, weniger als verifizierten Gesellschaftsbefund.

Im entscheidenden Punkt halte ich die These für überzeugend: Eine demokratische Gesellschaft darf den wirtschaftlichen Wert eines Menschen nicht mit seiner Würde oder seinem Recht auf Teilhabe verwechseln.

Wenn technische Systeme Leistungen übernehmen, soll dadurch mehr gesellschaftlicher Gestaltungsspielraum entstehen und nicht eine Ordnung, in der wenige über den Zugang zu Arbeit, Einkommen, Wissen und politischer Einflussnahme verfügen.

Leitgedanke daraus: *Nicht Menschen werden durch künstliche Intelligenz überflüssig. Gefährlich kann eine Wirtschaftsordnung werden, die Menschen wegen des technischen Ersatzes von Tätigkeiten im großem Ausmaß als gesellschaftlich entbehrlich behandelt.*

Freundliche Grüße
Norbert Rieser

Weisheitskompass
Interdisziplinäres Reflexionsprojekt

Quellen und Literaturhinweis

Precht, David Richard, in : Die neue Macht sitzt bei den Datenherren, und warnt vor neuer Machtkonzentration

[1] Gmyrek, P. u. a. (2025): Generative AI and Jobs: A Refined Global Index of Occupational Exposure. ILO Working Paper 140. International Labour Organization. https://www.ilo.org/publications/generative-ai-and-jobs-refined-global-index-occupational-exposure

[2] Rockall, E. J.; Mendes Tavares, M.; Pizzinelli, C. (2025): AI Adoption and Inequality. IMF Working Paper WP/25/68. Noch https://doi.org/10.5089/9798229006828.001

[3] Saura García, C. (2024): Datafeudalism: The Domination of Modern Societies by Big Tech Companies. Philosophy & Technology 37, Artikel 90. https://doi.org/10.1007/s13347-024-00777-1

[4] Jiang, C. (2026): Digital despotism or platform capitalism? A critique of political economy against the theory of techno-feudalism. Critical Sociology. https://doi.org/10.1177/08969205261426490

Hinweis: Die persönliche Stellungnahme ist mein Beitrag als eigenständig formulierte, literaturgestützte Einordnung der im ersten Dialoggespräch vorgebrachten These. Untersuchungen zeigen zum gegenwärtigen Zeitpunkt Risiken Entwicklungen, und sind noch keine sichere Beschäftigungsprognose.